



## DRINGLICHES POSTULAT

EINWOHNERRAT ALLSCHWIL

### **Aneluege und luege, dass gluegt wird ...**

... vom Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt (Flugverkehr II)

---

#### **Antrag**

Gemäss § 44 Absatz 2b des Geschäftsreglements des Einwohnerrats laden wir den Gemeinderat ein, beim Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt vorstellig zu werden, damit er sich als verantwortlicher Betreiber des Schweizer Teils vom EuroAirport EAP bei dessen Verwaltungsrat dafür einsetzt, dass die Ab- und Anflugrouten so geändert werden, dass Allschwil nicht immer noch mehr, sondern wieder weniger Fluglärm hat. Der Gemeinderat wird gebeten, dem Einwohnerrat bis Oktober 2019 über das Ergebnis seiner Bemühungen in dieser Sache schriftlich zu berichten.

#### **Begründung**

Seit 2014 die neuen RNAV-Prozeduren (RNAV: Navigationsverfahren für Flüge) eingeführt wurden, haben sich die Flugkurven der Südstarts massiv nach Süden verschoben. Lagen sie früher über der Landesgrenze zwischen Allschwil und Hégenheim, führen sie seither direkt über den Ortskern von Allschwil. Diese grenzüberschreitende Verschiebung der Lärmbelastung verletzt das «Übereinkommen über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Raum», das sogenannte Espoo-Abkommen. Dieses Abkommen regelt die internationale Zusammenarbeit bezüglich Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) mit dem Ziel, Vorsorgemassnahmen zu treffen und erhebliche, nachteilige Umweltauswirkungen im grenzüberschreitenden Rahmen zu verhindern, abzuschwächen und zu überwachen. Darin ist festgehalten, dass bei grossen, umweltrelevanten Veränderungen eine UVP gemacht, dass die betroffene Bevölkerung früh genug darüber informiert und miteinbezogen werden muss. Bei der Verlagerung der Startprozeduren in die Schweiz wurden sämtliche ESPOO-Kriterien missachtet. Beim RNAV handelt es sich um eine technische Neuerung, die nachweislich zu einer Zunahme des Fluglärms über Allschwil geführt hat. Es ist die Pflicht des Verwaltungsrats vom EAP sicherzustellen, dass sein Flughafen internationale Abkommen einhält. Es darf nicht sein, dass die Verantwortlichen des EAP sich über internationale Abkommen hinwegsetzen, keine Rücksicht auf Mensch und Umwelt nehmen und ihre Gewinne einseitig auf Kosten der Bevölkerung ausbauen.

Allschwil, den 24. April 2019

Ueli Keller, Einwohnerrat Grüne